

Info Lebac

Anlage 2

Treffen mit dem Vizepräsidenten der serbischen Erneuerungsbewegung, M. Komnenic (K.), am 17.7.1991 in Bern

K. wurde auf dessen Ersuchen anlässlich eines privaten Besuchs in der Schweiz von D. Woker, E. Schellenberg (PA I) und W. Thurnherr (Pol. Sekr.) empfangen.

Die Erneuerungsbewegung, geführt vom "bärtigen Präsidenten", V. Draskovic, ist mit rund 1 Mio. Mitgliedern und 20 Sitzen (= 10 %) im serbischen Parlament die grösste Oppositionspartei Serbiens, stellte K. einleitend fest. Sie grenze sich in ihren Zielen scharf von den Vorstellungen Milosevics ab. So bestehe er und seine Partei nicht auf einen Verbleib Sloweniens in Jugoslawien. Der Ausweg aus der gegenwärtigen Krise müsse unbedingt friedlicher und versöhnlicher verlaufen, als dies bisher - gestützt von der im übrigen, so K., total unfähigen serbischen Regierung, deren Rücktritt er fordert - geschehen sei.

Das Problem sei vielmehr Kroatien, wo scharfe Grenzen zwischen "kroatischen und serbischen Gebieten" gar nicht existierten. In diesem Punkt gehe es seiner Bewegung darum, die serbischen Minderheiten in den übrigen Republiken von einem "kurdischen Schicksal" zu bewahren. Aehnlich betrachtet K. die Situation in Kosovo. Die Albaner hätten Lehrmittel, Schulen und Universitäten in ihrer eigenen Sprache, doch müssten sie die "historischen Realitäten" anerkennen. Die Bevölkerungsexplosion der Kosovo-Albaner (400 % Bevölkerungswachstum in den letzten 65 Jahren) mache die ganze Sache noch schlimmer.

Angesprochen auf die allfällige Absicht, die Wiedereinführung der konstitutionellen Monarchie zu fördern, gab sich K. zurückhaltend und ausweichend. Das serbische Volk selbst soll darüber entscheiden, ob es die Monarchie oder eine echte Demokratie (von der man noch ein rechtes Stück entfernt sei) wolle.

Vor wenigen Tagen habe die Erneuerungsbewegung im übrigen bei der serbischen Regierung den Antrag deponiert, dass innerhalb der



nächsten sechs Monate Parlamentsneuwahlen durchgeführt, die Macht des Präsidenten beschränkt und vom Majorz - zum Proporz-Wahl-system übergegangen werde. Obwohl die Opposition bei den Wahlen des letzten Jahres über 53 % aller Stimmen gewinnen konnte, besetzt sie gemäss K. nur gerade 27 % aller Parlamentssitze. Dies soll, so K., geändert werden.

Insgesamt hinterliess Komnenic einen ziemlich zwiespältigen Eindruck. Sein Versuch, der etwas schizophrenen, im grossen und ganzen aber simpel nationalistischen Haltung seiner Partei einen demokratischen oder schon fast humanitären Anstrich zu verpassen, vermochte nur teilweise zu überzeugen.